



KUNDMACHUNG

Gemäß § 94 der Oö. Gemeindeordnung 1990 idgF. wird die vom Gemeinderat in der öffentlichen Sitzung am 11. Dezember 2024 beschlossene Kanalgebührenordnung öffentlich kundgemacht:

Verordnung

des Gemeinderates der Gemeinde Fornach vom 11. Dezember 2024, mit der eine Kanalgebührenordnung erlassen wird:

KANALGEBÜHRENORDNUNG 2025 der Gemeinde Fornach

Auf Grund des Interessentenbeiträgegesetzes 1958, LGBl. Nr. 28 idgF. und des § 17 Abs. 3, Zi. 4 Finanzausgleichsgesetzes 2024, BGBl. I Nr. 168/2023 idgF. wird verordnet:

§ 1

Anschlussgebühr

Für den Anschluss von Grundstücken und Bauwerken an das öffentliche Kanalnetz wird eine Kanalanschlussgebühr erhoben.

Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des angeschlossenen Grundstückes bzw. Bauwerkes, wobei Miteigentümer zur ungeteilten Hand haften. Im Falle des Bestehens von Baurechten ist der Bauberechtigte gebührenpflichtig.

§ 2

Ausmaß der Anschlussgebühr

1. Die Kanalanschlussgebühr wird nach Bewertungspunkten berechnet, wobei je Bewertungspunkt (BP) € 15,-- verrechnet werden.
2. Die Kanalanschlussgebühr gliedert sich dabei in:
 - a) eine feststehende Gebühr, auch Grundgebühr genannt, in Höhe von € 2.050,-- für jedes Grundstück;
 - b) eine variable Gebühr, die aufgrund des Bewertungspunktesystems nach § 3 berechnet wird, jedoch mindestens € 2.250,-- je Objekt zu betragen hat (= 150 BP).
 - c) Aufschlag auf die Mindestanschlussgebühr gemäß den Richtlinien für die Gemeindefinanzierung NEU in Höhe von 10 % der Mindestanschlussgebühr in Höhe von derzeit € 430,--.
3. Für angeschlossene unbebaute Grundstücke ist die Mindestanschlussgebühr nach Abs. 2, lit. a - c zu entrichten.

§ 3

Bewertungspunktberechnung

Für die Berechnung der variablen Gebühr nach Bewertungspunkten gelten folgende Werte, die je nach Zutreffen, einzeln oder nebeneinander, anzuwenden sind:

1. Bei häuslichen Abwässern:

a) je Quadratmeter der Bemessungsgrundlage 1,0 BP

Die Bemessungsgrundlage bildet bei eingeschossiger Bebauung die Quadratmeteranzahl der bebauten Grundfläche, bei mehrgeschossiger Bebauung die Summe der bebauten Fläche der einzelnen Geschosse jener Bauwerke, die einen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an das öffentliche Kanalnetz aufweisen. Bei der Berechnung ist auf die volle Quadratmeteranzahl der einzelnen Geschosse abzurunden. Dachgeschosse und Dachräume sowie Kellergeschosse werden nur in jenem Ausmaß berücksichtigt, als sie für Wohn-, Geschäfts- oder Betriebszwecke benützlich ausgebaut sind. Zur Bemessungsgrundlage zählen auch Kellerbars, Waschküchen und Hobby/Freizeiträume. Garagen zählen nicht zur Bemessungsgrundlage. Die Berechnung erfolgt von Außenkante zu Außenkante jedes betreffende Objekt.

Wenn durch die Höhenlage des öffentlichen Kanals eine Entsorgung des Keller- oder Untergeschosses mit natürlichem Gefälle technisch nicht möglich und der Einbau einer fix montierten Abwasserpumpe zwecks Hebung der Abwässer in den öffentlichen Kanal notwendig ist, wird dafür ein einmaliger Pauschalnachlaß in der Höhe der feststehenden Gebühr gemäß § 2, Zi. 2, lit. a) bei der Festsetzung der gesamten Anschlussgebühr angerechnet. Weitere Ermäßigungen für Betriebs- und Reparaturkosten der fix eingebauten Abwasserpumpe bleiben davon ausdrücklich ausgeschlossen.

Sind auf einem Grundstück mehrere Gebäude (Wohnhäuser oder Geschäftsräume) errichtet, so ist die Anschlussgebühr nach § 2, Zi. 2, lit. b, für jedes einzelne Objekt, das einen mittelbaren oder unmittelbaren Anschluss an die öffentliche Kanalisation aufweist, zu entrichten.

2. Bei Betriebsobjekten, in denen kein Abwasser produziert wird und sonstige befestigte Flächen, von denen ausschließlich Niederschlagswässer abgeleitet werden, wird in Abhängigkeit der m²-Zahl der Betriebsfläche bzw. der zu entwässernden Fläche die Bemessungsgrundlage wie folgt ermittelt:
Je angefangene 6 m² der bebauten Grundfläche 1,0 BP

3. In allen Fällen, in denen für ein Grundstück mehr als eine Einmündungsstelle geschaffen wird, hat die Kosten dieses zusätzlichen Anschlusses (oder der zusätzlichen Anschlüsse), einschließlich des Anschlußstückes an den öffentlichen Kanal, der Grundstückseigentümer bzw. Bauberechtigte selbst zu tragen.

4. Für betriebsspezifische Abwässer können Sondervereinbarungen zwischen der Gemeinde Fornach als Kanalisationsbetreiber und dem Anschlusswerber abgeschlossen werden.

5. Bei nachträglichen Änderungen der angeschlossenen Grundstücke (Objekte) ist eine ergänzende Kanalanschlussgebühr zu entrichten, die im Sinne der obigen Bestimmungen mit folgender Maßgabe errechnet wird:
 - a) Wird auf einem unbebauten Grundstück ein Gebäude errichtet, so ist von der ermittelten Kanalanschlussgebühr, die nach dieser Gebührenordnung für das betreffende unbebaute Grundstück sich ergebende Kanalanschlussgebühr abzusetzen, wenn für den Anschluss des betreffenden unbebauten Grundstückes seinerzeit bereits eine Kanalanschlussgebühr oder ein Entgelt für den Anschluss an das öffentliche Kanalnetz errichtet wurde.
 - b) Bei Änderung von angeschlossenen Gebäuden durch Auf-, Zu-, Ein- bzw. Umbau sowie Neubau nach Abbruch ist gegenüber der gemäß den vorstehenden Bestimmungen ermittelten Kanalanschlussgebühr in dem Umfang eine ergänzende Kanalanschlussgebühr zu entrichten, als gegenüber dem bisherigen Zustand eine Vergrößerung der Berechnungs- bzw. Bemessungsgrundlage gegeben ist. Die ergänzende Kanalanschlussgebühr ist jedoch nur dann zu entrichten, wenn eine Änderung gegenüber der bisherigen Bemessungsgrundlage um mehr als 5 % gegeben ist.
 - c) Eine Rückzahlung bereits entrichteter Kanalanschlussgebühren aufgrund der Neuberechnung nach diesem Absatz findet nicht statt.
 - d) Die Liegenschaftseigentümer sind verpflichtet, allfällige Änderungen durch die Umwidmung von Räumen etc., die eine Gebührenverpflichtung im Sinne dieser Kanalgebührenordnung zur Folge haben, zu melden. Die Gemeinde ist ferner berechtigt, an Ort und Stelle Erhebungen für die Festlegung der Bemessungsflächen bzw. Bemessungsgrundlagen durchzuführen und die betroffenen Räumlichkeiten zu betreten.
6. Jeder Anschlusswerber hat sich gegen allfälligen Rückstau aus dem Kanalnetz selbst zu schützen.

§ 4

Kanalbenutzungsgebühren

1. Zur Deckung der Kosten für den Betrieb und die taugliche Erhaltung der Abwasserbeseitigungsanlage sowie für die Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Baukapitals wird von allen Eigentümern der an das öffentliche Kanalnetz angeschlossenen Grundstücke und Bauwerke eine Kanalbenutzungsgebühr eingehoben.
2. Die Kanalbenutzungsgebühr beträgt pro Kubikmeter des von einer genossenschaftlichen oder einer privaten Wasserversorgungsanlage bezogenen Wassers: € 5,11 pro m³ des gemessenen Trink- und Nutzwasserzulaufes.

Die Feststellung der Menge des entnommenen bzw. bezogenen Wassers erfolgt durch einen von der Gemeinde gegen Ersatz der Kosten beigestellten, geeichten Wasserzählers, der unmittelbar nach der Pumpenanlage bzw. vor der ersten Auslauföffnung eingebaut werden muss. Die Kosten für den Einbau des Wasserzählers trägt der Grundstücks- bzw. Bauwerkseigentümer.
3. Es besteht die Möglichkeit, wenn Wasser für den Garten verwendet wird (z.B. Blumen spritzen), dass hierfür ein Subzähler eingebaut wird. Jedoch muss vorher von der Gemeinde Fornach überprüft werden, ob die Voraussetzungen (eigene Leitung zu einer Entnahmestelle im Freien) für den Einbau eines Subzählers gegeben sind.
4. Sofern für die Mengenfeststellung des aus der privaten Wasserversorgungsanlage entnommenen oder von einer genossenschaftlichen Wasserversorgungsanlage bezogenen Wassers keine geeignete Messvorrichtung vorhanden ist, wird ein fiktiver Wasserverbrauch von 40 m³ je im Haushalt lebender Person und Jahr (Stichtag 1.10. eines jeden Jahres) für die Bemessung der Kanalbenutzungsgebühr herangezogen.

5. Für angeschlossene landwirtschaftliche Betriebe erfolgt ein Abschlag von 18 m³ pro Großvieheinheit jährlich, sofern das von der genossenschaftlichen Wasserversorgungsanlage bezogene bzw. aus einer privaten Wasserversorgungsanlage entnommene Wasser auch zur Tierhaltung verwendet und der gesamte Wasserverbrauch mittels Wasserzähler gemessen wird. Als Basis zur Errechnung der Großvieheinheiten wird die Tierliste mit Stand 1.4. eines jeden Jahres herangezogen. Sollte sich jedoch nach Abzug des Abschlages für den Viehbestand ein geringerer Wasserverbrauch ergeben, als dies bei einer Zugrundelegung des Wasserverbrauches der im betroffenen Haushalt lebenden Personen der Fall ist (40 m³/Person), so wird eine Mindestkanalbenutzungsgebühr in der Höhe von 40 m³ pro im Haushalt lebender Person und Jahr vorgeschrieben. Die Mengenfeststellung des zur Tierhaltung verwendeten Wassers kann auch durch einen eigenen Wasserzähler erfolgen, der gegen Kostenersatz von der Gemeinde beigestellt wird.
6. Die Kanalbenutzungsgebühr für betriebliche Abwässer, für deren Einleitung in die öffentliche Kanalisation eine gesonderte wasserrechtliche Bewilligung erforderlich ist, ist die BSB5-Konzentration bzw. CSB-Konzentration laut Wasserrechtlichem Bewilligungsbescheid zu ermitteln. Liegt diese Konzentration über 300 mg/l bzw. 600 mg/l, ergibt sich die Kanalbenutzungsgebühr je Kubikmeter wie folgt:

Ermittlung für BSBs:

$$\frac{\text{BSB5-Konzentration lt. Bescheid} - 300 \text{ mg/l}}{300 \text{ mg/l}} \times (\text{m}^3\text{-Wert}) \times 0,1 + (\text{m}^3\text{-Wert})$$

Ermittlung für CSB:

$$\frac{\text{CSB-Konzentration lt. Bescheid} - 600 \text{ mg/l}}{600 \text{ mg/l}} \times (\text{m}^3\text{-Wert}) \times 0,1 + (\text{m}^3\text{-Wert})$$

Der höhere, sich aus vorstehender Ermittlung ergebende Betrag je Kubikmeter wird zur Verrechnung gebracht. Liegen die BSB5-Konzentration bzw. CSB-Konzentration unter den oben angeführten Werten, so gelangt die Kubikmetergebühr gemäß § 4 Abs. 2 zur Anwendung.

§ 5

Bereitstellungsgebühr

Für die Bereitstellung des Kanalnetzes wird für angeschlossene aber unbebaute Baugrundstücke eine jährliche Kanalbereitstellungsgebühr erhoben. Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des an das Kanalnetz angeschlossenen, jedoch unbebauten Grundstücks. Die Bereitstellungsgebühr beträgt je Grundstück pauschal € 250,- pro Jahr.

§ 6

Entstehen des Abgabeanpruchs und Fälligkeit

1. Die Verpflichtung zur Entrichtung der Kanalanschlussgebühr und Bereitstellungsgebühr entsteht mit Ablauf des Monats, in dem die Anschlussherstellung des Grundstücks an das Kanalnetz erfolgt ist.
2. Die Verpflichtung zur Entrichtung der ergänzenden Kanalanschlussgebühr nach § 3 Abs. 5 entsteht mit Beendigung der Bauarbeiten bzw. mit Abgabe der Fertigstellungsanzeige bei der Baubehörde.
3. Die Einhebung der laufenden Kanalbenutzungsgebühr und der Bereitstellungsgebühr erfolgt vierteljährlich, in gleichbleibenden Vierteljahresraten, die aus den Gesamtgebühren des vorangegangenen zwölfmonatigen Verrechnungszeitraumes ermittelt werden, am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeden Jahres. Die Abrechnung erfolgt dabei jährlich im ersten Quartal, wobei ein Minderertrag nachgefordert und ein Mehrbetrag gutgeschrieben wird.

§ 7

Umsatzsteuer

Zu den Gebühren wird die gesetzliche Umsatzsteuer (von derzeit 10 %) hinzugerechnet.

§ 8

Privatrechtliche Vereinbarungen

Durch diese Gebührenordnung werden privatrechtliche Regelungen nicht ausgeschlossen.

§ 9

Jährliche Anpassung

Die in dieser Verordnung geregelten Gebühren können vom Gemeinderat jährlich im Rahmen des Gemeindevoranschlages bzw. durch eine neue Gebührenordnung angepasst werden.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Kanalgebührenordnung tritt mit 1. Jänner 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Kanalgebührenordnung 2021 vom 10.12.2020 außer Kraft.

Angeschlagen am: 12. Dezember 2024

Abgenommen am: 30. Dez 2024

Der Bürgermeister:



Hubert Neuwirth

